

---

**Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte**  
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris  
(Institut historique allemand)  
Band 22/3 (1995)

DOI: 10.11588/fr.1995.3.59547

---

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

Logik der Forschung auf. Die Geschichtswissenschaft erkämpft ihre Autonomie, indem sie Allzuständigkeit beweist. Besonders verdienstvoll ist die genaue Rekonstruktion der historischen Ideenlehre. Heutiger Geschichtstheorie gilt sie als Tarnkappe uneingestandener Voraussetzungen und damit als das ideologische Moment des Historismus. Eben einer voraussetzungslosen Wissenschaft blieb aber nichts anderes übrig, als in der Überlieferung selbst die Anleitungen zu ihrem Verständnis zu suchen: jene Ideen, die Ergebnisse der Geschichte sind und selbst geschichtliche Ergebnisse zeitigen. Indem der Historiker die Ideen kritisch aufnimmt, schreibt er die Geschichte fort. Die »leitende Idee« oder »herrschende Tendenz« ist eine Totalität, die die Erfahrungen und Erwartungen einer Epoche bündelt. Doch der Anspruch einer Idee, für das Ganze zu stehen, ist nie unangefochten. Eine andere Idee erklärt ihr den Krieg, an dessen Ende eine neue Idee steht. Die idealistischen Vokabeln artikulieren einen hobbesianischen Realismus.

Die Dynamik des historischen Wissens erwächst daraus, daß jede Totalität zum Moment einer neuen Totalität werden kann. Ranke begründet die Historie als Forschung, in der jede Zusammenfassung nur vorläufig ist. Droysen betrachtet die Geschichte als Fortschritt, in dem jeder Stand der sittlichen Entwicklung sich nur auf Zeit behauptet. Es hat logische Gründe, daß der Relativismus der Schatten des Historismus ist. »L'histoire est pensée du relatif.« (S. 107) Die Dialektik von Teil und Ganzem ist die Grundfigur der Geschichtserkenntnis, die Hermeneutik ist ihre Grundwissenschaft. Jede Totalität ist auch eine Individualität, jede Individualität auch eine Totalität. So gelangt die Autorin zu ihrer manchen vielleicht verblüffenden These, daß die Strukturgeschichte im Historismus begann. Die Schlüsselwörter der historistischen Historik sind »Verhältnis«, »Verbindung«, »Beziehung« und »Kombination«. Die Bedeutung des Ereignisses ist seine Verknüpfung: Ranke erscheint als Vorläufer der analytischen Philosophen Oakeshott und Danto. Ranke interessiert sich für den »Zusammenhang«, Lamprecht für den »Zustand«. Die Kulturgeschichte bricht nicht mit dem Historismus, sondern setzt die Totalisierung fort; gegen die Politik als Teil des Lebens bringt sie das Ganze zur Geltung. Die »histoire totale« der Annales, das ist die Pointe der Arbeit, muß den Historismus unter ihre Ahnen aufnehmen. Der ideologische Gegensatz habe die logischen Gemeinsamkeiten verdeckt, damit aber auch die Gefahren einer Ideologisierung des eigenen Ansatzes. Die deutsche Geschichtsideologie entstand, kantisch gesprochen, aus dialektischem Schein: Die postulierte letzte Totalität wurde verdinglicht, als unbezwinglicher Staat, als unbesiegbare Kultur.

Zusammenfassend bestimmt die Autorin die deutsche Historie des 19. Jahrhunderts als »une pensée de l'unité, du *consensus*, un volontarisme et un élitisme« (S. 197). In der Historik tritt die Bewegung der Totalisierung in reiner Form hervor; hier scheint in der Tat alles auf die Einheit zuzutreiben. In der klugen Beschränkung der Arbeit auf die Epistemologie liegt aber auch ihre Grenze. Schon Hegels Philosophie war ein Denken der Vermittlung; den Historikern hat es nicht genügt. Nur an den tatsächlichen Geschichtserzählungen läßt sich prüfen, wieviel Vielfalt und wieviel Dissens dieses Denken des Relativen ins Spiel brachte. Daß sie zum Widerspruch herausfordert, bezeichnet die Leistung der Autorin. Die falsche Totalität des Unverbindlichen ist ihre Sache nicht.

Patrick BAHNERS, Bonn

Anselm DOERING-MANTEUFFEL, Die deutsche Frage und das europäische Staatensystem 1815–1871, München (R. Oldenbourg) 1993, 145 S. (Enzyklopädie deutscher Geschichte, 15).

Es wird immer deutlicher, daß das Ende des Kalten Krieges zwar den west-östlichen Bipolarismus aufgelöst, nicht aber jenen Zustand friedvoller Weltinnenpolitik geschaffen hat, den sich viele seit langem wünschen. Zur Freude des Analytikers, zum Leidwesen des Praktikers wächst vielmehr die Zahl der internationalen Akteure, hat sich die Bühne der



internationalen Politik belebt wie das diplomatische Spiel des Ausgleichs unterschiedlicher Interessen der einzelnen Mächte kompliziert. Kurzum: Wir sind keineswegs am »Ende der Geschichte« (Fukuyama) angelangt, sondern wir erleben ganz im Gegenteil eine »Wiederkehr der Geschichte« (Kissinger). Für den Bereich der internationalen Beziehungen bedeutet dies konkret, sich auf das Mächtesystem des 19. Jh., jene Pentarchie der fünf europäischen Großmächte – England, Frankreich, Rußland, Österreich und Preußen – sowie ihr ebenso kompliziertes wie auch jahrzehntelang den Frieden sicherndes Kräftespiel zu besinnen. Das belegt auch Doering-Manteuffels Buch über die »deutsche Frage« und das europäische Mächtesystem zwischen 1815 und 1871, also vom Wiener Kongreß bis zur kleindeutschen Reichsgründung.

Der Autor skizziert zunächst die Entwicklung Deutschlands, d. h. der »Deutschländer«, von 1806 bis 1871, wobei er jedoch keine germanische Nabelschau vornimmt, sondern eine profunde Darlegung der jeweiligen Stellung Deutschlands im europäischen Mächtesystem liefert und die ihn vor allem interessierende »deutsche Frage«, die Frage nach dem »Wie« der Organisation Deutschlands, in ihren europäischen Implikationen behandelt. Dabei wird deutlich, daß das eine nicht ohne das andere zu verstehen ist: Die sich zwischen 1815 und 1871 jeweils ändernde Antwort der europäischen Großmächte auf die »deutsche Frage« ist nur vor dem Hintergrund der sich wandelnden europäischen Politik zu begreifen.

So beinhaltete das primäre Interesse der 1814/15 in Wien versammelten europäischen Staatsmänner – allen voran der Außenminister Österreichs und Großbritanniens, Metternich und Castlereagh – an einer dauerhaften Friedenssicherung mittels einer multilateralen Interessenabstimmung im Kreis der »Großen Vier« der Anti-Napoleon-Koalition eine Absage an die nationale Selbstbestimmung der Deutschen. Sogar die Führungen der deutschen Vormächte Österreich und Preußen hatten hieran kein Interesse, und daher gelang es, sich über die entsprechenden Hoffnungen weiter Bevölkerungsteile in den deutschen Teilstaaten, wie sie in den Befreiungskriegen entstanden waren, zugunsten einer teilweisen Restauration der Verhältnisse des *Ancien Regime* im Zeichen der Legitimität hinwegzusetzen. Diese grundlegenden Ergebnisse des Wiener Kongresses von 1815 blieben mehrere Jahrzehnte bestehen:

Dem Zirkel der europäischen Großmächte, zu dem bereits 1818 auch Frankreich wieder zugelassen wurde, gelang es bis in die fünfziger Jahre im Zuge eines zunächst sehr strengen Systems regelmäßiger Konferenzen, schließlich mittels nur noch von Fall zu Fall einberufener Zusammenkünfte Krisen und Spannungen beizulegen. Auch die Julirevolution, die Frankreich und Großbritannien im Zuge einer »ideologischen Blockbildung« (Gollwitzer) näher zusammenführte, hob diese grundsätzliche Mächtesolidarität nicht auf. Die Zustände in Deutschland konnten ebenfalls längere Zeit konserviert werden: Durch eine harte Repressionspolitik, deren *spiritus rector* Metternich war, wurden nationale Bestrebungen weitgehend unterdrückt. Daran änderte auch die Tatsache nichts, daß sich Preußen durch seine Zollunionspolitik, die 1834 in der Gründung des »Deutschen Zollvereins« gipfelte, aus dem Schatten des großen österreichischen Bruders befreien konnte und zur wirtschaftlichen Führungsmacht im »Deutschen Bund« avancierte. Noch fehlte der Wille, der ökonomischen auch die politische Einigung Deutschlands folgen zu lassen.

Sogar die europäischen Revolutionen von 1848 – allen voran in Frankreich, Deutschland und Österreich – vermochten die Ordnung von 1814/15 zunächst nicht grundstürzend zu verändern: Den Parlamentariern der Frankfurter Paulskirche gelang es weder für ihren kleindeutschen noch für ihren großdeutschen Einigungsplan die Unterstützung Preußens und/oder Österreichs, geschweige denn die der europäischen Nachbarn zu finden. Diese fanden spätestens gegenüber dem nationalen Überschwang der Deutschen, wie er sich in der Schleswig-Holstein-Krise bedenklich offenbarte, wieder zusammen und vereitelten dann auch einvernehmlich die sich anschließenden Versuche der preußischen bzw. der österreichischen Regierung, der gescheiterten nationalen Einigung von unten eine an den machtegoistischen Interessen des eigenen Teilstaates ausgerichtete Einigung von oben folgen zu lassen. Tatsäch-



lich aber trotz diese europäische Einheitsfront gegen deutsche Alleingänge nur darüber hinweg, daß das Gefühl grundlegender gegenseitiger Abhängigkeit und daraus notwendig resultierender Solidarität weitgehend geschwunden war: So vor allem in Großbritannien, wo man die Einbindung in die europäischen Händel ob des eigenen sozio-ökonomischen Vorsprungs gegenüber den Kontinentalmächten schon seit geraumer Zeit als lästig, ja als den eigenen Handlungsspielraum unzulässig einengend empfand, aber zunehmend auch in Österreich und Preußen, wo eine Politikergeneration ans Ruder kam, die sich mehr von Realpolitik und *sacro egoismo* leiten ließ als von europäischem Gemeinsinn. Selbst einem Napoleon diente der wiederholt lancierte Gedanke eines neuerlichen europäischen Kongresses, der formal an die Wiener Mächteordnung von 1815 anknüpfte, letztlich nur dazu, ein französisches Übergewicht in Europa herzustellen.

Einen endgültigen Beleg für den tiefgreifenden Wandel der internationalen Politik lieferte dann der Pariser Frieden 1856 am Ende des Krimkrieges, der nicht zum Ausgangspunkt einer neuen europäischen Friedensordnung wurde, wie Napoleon es wünschte, und der durch seine Rußland über Gebühr schwächenden Bestimmungen jenes Bemühen um Konsens vermissen ließ, das die Wiener Mächteordnung ausgezeichnet hatte. Der wesentliche Nutznießer dieser Entwicklung wurde in den folgenden Jahren Bismarck, der die militärischen Auseinandersetzungen mit Dänemark 1864, Österreich 1866 und Frankreich 1870/71 ebenso geschickt herbeizuführen wie gekonnt von jeder Einmischung »Europas« freizuhalten vermochte.

Sowohl im Hinblick auf das Vorgehen wie auch auf das letztliche Ziel des preußischen Kanzlers findet Doering-Manteuffel überraschend harte Worte: Bei Bismarck habe »Macht stets Vorrang vor Recht« (S. 39) gehabt und sei eine »Herauslösung staatlicher Machtausübung aus ethischen Normierungen und Werthaltungen« (S. 45) festzustellen; die Trennung von Österreich 1866 habe zwar den kleindeutschen Nationalstaat ermöglicht, aber auch dessen »Isolierung in Europa wahrscheinlich [gemacht]« und das »Zeitalter der nationalen Machtstaaten« eingeläutet, das dann zu »den Feuerstürmen zweier Weltkriege« (S. 46) führte; mit seiner Forderung nach Annexion Elsaß-Lothringens 1870/71 habe Bismarck »bewußt die Verlängerung des Krieges und nach dem Friedensschluß die andauernde Feindschaft und den Haß Frankreichs gegen Deutschland in Kauf [genommen]« (S. 51). Solche Wertungen sind aus rückschauender Betrachtung im Wissen um das Scheitern des »Bismarck-Reichs«, dessen Endphase zudem durch ein verbrecherisches System geprägt war, bedenkenswert. Allerdings blenden sie aus, daß die kleindeutsche Einigung von 1871 ja zunächst einmal durchaus »umweltverträglich« war und das »saturierte« Deutsche Reich unter Bismarck Provokationen weitgehend vermied.

Insgesamt hat Doering-Manteuffel einen ebenso kompetent referierenden wie anregend interpretierenden Überblick geschrieben, der zudem durch einen äußerst instruktiven Forschungsabriß und eine informative Bibliographie ergänzt wird. Gerade die Tatsache, daß die eine oder andere Deutung sicherlich auch Kritiker finden wird, belegt, daß die Darstellung weit mehr als nur ein Handbuchabriß im üblichen Sinne ist. Sie stellt nicht nur Bekanntes dar, sondern vermittelt überdies durch ihre Pointierungen Impulse, Gewohntes zu überdenken und neuen Fragestellungen Raum zu geben.

Reiner MARCOWITZ, Dresden

James J. SACK, *From Jacobite to Conservative. Reaction and Orthodoxy in Britain, 1760–1832*, Cambridge (Cambridge University Press) 1993, XI–292 S.

Eine Metaphysik der Rechts-Links-Unterscheidung kann sich auf das Exempel des britischen Unterhauses berufen. Das Zweiparteiensystem scheint in der Geschäftsordnung der Geschichte festgeschrieben. Es sei fast ein Gemeinplatz, schreibt Mill im Essay über die Freiheit, daß es eine Partei der Stabilität oder der Ordnung geben müsse und eine Partei des